

**Seite 1**

- ▶ Kolumne
- ▶ EU-Kommissar Barnier in Hohenlohe

**Seite 2**

- ▶ EU-Verordnung zu Güterrecht

**Seite 3**

- ▶ Kommissionsvorstoß zu Gigalintern

**Seite 4**

- ▶ Neues aus Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Liebe Freunde, Liebe Genossen und Genossinnen,

bald sind Wahlen in Frankreich. Ich hoffe sehr, dass damit der Startschuss für ein sozialeres Europa gesetzt wird. Frankreich macht den Anfang, Deutschland zieht 2013 nach, und vergessen wir nicht die Europawahlen 2014. Nur wenn es uns gelingt überall die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen für uns zu gewinnen, werden wir ein anderes, ein besseres, ein sozialdemokratisches Europa gestalten können.

Konservative und Liberale bilden zurzeit die Mehrheit im Europäischen Parlament, in der Europäischen Kommission und in den Regierungen der Europäischen Union. Sie haben in den letzten Jahren die europäische Politik geprägt und deren Leumund beschädigt.

Damit muss Schluss sein. Erst wenn wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wieder die Geschicke der Politik in Parlament, Ministerrat und Kommission bestimmen, werden wir wieder eine vernünftige Politik für die Bürger und Bürgerinnen gestalten können.

Wir wollen eine andere europäische Politik, eine Politik die die Bedürfnisse der Menschen im Blick hat und nicht die Zwänge des Marktes, eine Politik die dem Wohl der gesamten EU verpflichtet ist und nicht von nationalen Egoismen geprägt wird. Schlicht, wir wollen eine Politik, die für die Menschen da ist.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre 



Evelyne Gebhardt mit Landrat Jahn, dem Geschäftsführer des Städtetages Prof. Stefan Gläser, EU-Kommissar Michel Barnier, Stefan Neumann, Bürgermeister von Künzelsau, Werner Gassert Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hohenlohekreis und Roger Kehle, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, es fehlt Prof. Dr. Trumpp, Geschäftsführer des Landkreistages

### **Hoher Besuch in Hohenlohe**

**Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, besuchte die Region Hohenlohe-Schwäbisch Hall**

„Ich bin ein Politiker und kein Technokrat“ so formulierte Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, der Grund warum er der Einladung von Evelyne Gebhardt nach Hohenlohe folgte. Sich vor Ort zu informieren, mit den Menschen reden, ihre Anliegen ernst nehmen, mit dieser Marschroute imponierte der ehemalige konservative französische Außen- und Landwirtschaftsminister. „Ich will, dass bei der Europäische Gesetz-

gebung die positiven Besonderheiten unseres Landes erkannt und geschützt werden“ sagte Evelyne Gebhardt.

Erste Station war ein Arbeitsgespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie Bürgermeister Stefan Neumann in der Sparkasse Hohenlohekreis in Künzelsau. Bei seiner Begrüßung gab Werner Gassert, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse,

(Fortsetzung auf Seite 2)



*(Fortsetzung von Seite 1)*

bereits die Leitlinie des Tages vor „Europa ist die Zukunft, sonst haben wir keine“.

In den Tag einleitend begrüßte Evelyne Gebhardt die Anwesenden und hob die konstruktive Arbeit mit Kommissar Barnier in den letzten Jahren hervor, in der sie zwar politisch häufig nicht einer Meinung gewesen seien, in der Sache aber immer eine vernünftige Lösung gefunden hätten.

Michel Barnier stellte in seinem Vortrag klar, dass er einen hohen Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung habe. Die Europäische Kommission wolle mit der anstehenden Reform der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe das Recht vereinfachen und versprach den Anwesenden, die von Landrat Jahn und anderen Teilnehmern angesprochenen Anliegen zu prüfen und mit dem Europäischen Parlament eingehend zu beraten.

Auch die derzeit geplante Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen wurde kritisch hinterfragt. Evelyne Gebhardt betonte in diesem Zusammenhang, dass sie und die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament auf keinen Fall zulassen würden, dass Bereiche wie die Wasserversorgung privatisiert werden. Barnier dazu: „Das haben wir auch nicht vor“. Danach nahm Bürgermeister Stefan Neumann die einmalige Gelegenheit wahr, und legte dem hohen Gast das Goldene Buch der Stadt Künzelsau vor.

Nächste Station des Besuchs war ein Gespräch mit Vertretern der Bausparkasse Schwäbisch Hall. Michel Barnier ließ sich als

zuständiger EU-Kommissar für Finanzdienstleistungen über das Geschäftsmodell der Bausparkasse informieren. Er wolle kein System behindern, das so gut funktioniere. Im Interesse der Finanzmarkt-Stabilität sei er außerdem für die Vielfalt der Angebote sagte er anschließend.

In einem Vortrag für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bausparkasse wies Barnier eindringlich darauf hin, dass nur ein geeintes und freies Europa auch weiterhin eine wichtige Rolle auf der Welt spielen könne. Auch Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land Europas sei angesichts der aufkommenden Schwellenländer nicht in der Lage, in Zukunft allein am Tisch der mächtigsten Staaten der Welt zu sitzen.

Zum Abschluss seines Besuches in der Region nahm Barnier an einem Empfang der Stadt Schwäbisch Hall teil und trug sich in deren goldenes Buch ein. Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim begrüßte den Gast und betonte die Anstrengungen der Stadt, das europäische Projekt lokal voranzubringen. Als Beispiel nannte er die Versuche der Stadt den Menschen in krisengeschüttelten Ländern eine Perspektive in Schwäbisch Hall und Umgebung aufzuzeigen und gleichzeitig dem steigenden Fachkräftebedarf vor Ort zu begegnen.

„Herr Barnier hat wichtige Erkenntnisse über die Bedürfnisse der Kommunen als auch von soliden Bankgeschäften gewonnen, die er in seine Arbeit in Brüssel einfließen lassen sollte“ zeigte sich Evelyne Gebhardt am Ende des Tages überzeugt. „Ich werde bei den anstehenden Verhandlungen zwischen Europäi-

schem Parlament und Ministerrat auch darauf achten, dass er die gewonnenen Erkenntnisse beherzigt“ so die sozialdemokratische Sprecherin für Binnenmarkt und Verbraucherschutz abschließend.

### **EU-Verordnung Güterrecht für Partnerschaften und Ehen**

Die Trennung von einem Partner oder einer Partnerin ist meist schmerzhaft, umso mehr, wenn danach ein Streit um die Vermögensauseinandersetzung vom Zaun bricht. Stammen Partner oder Partnerin aus verschiedenen Ländern der EU, dann kann eine gerichtliche Auseinandersetzung im Güterrecht nach der derzeitigen Rechtslage aber nicht nur schmerzhaft, sondern, wegen der verschiedenen Bestimmungen der Mitgliedstaaten im Internationalen Privatrecht, auch äußerst verwirrend sein. Dabei kann es im Einzelfall sogar zu Rechtsanwendungen kommen, die weder von den Parteien gewünscht noch für sie vorteilhaft sind.

Die Europäische Kommission will solche Schwierigkeiten in Zukunft abfedern und hat deshalb einen Vorschlag auf den Weg gebracht, durch den die Regeln für Rechtswahl, Gerichtszuständigkeit und Vollstreckung in der Europäischen Union einen klaren Rechtsrahmen erhalten sollen.

Als zuständige Berichterstatterin im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten und innere Sicherheit hält Evelyne Gebhardt dies im Prinzip für eine gute Sache, gibt es doch immer mehr binationale Ehen und Partnerschaften und steigt deshalb auch der Bedarf für Rechtssicherheit von Regeln, was im Trennungsfall geschehen soll.



„Weniger gut finde ich dagegen die strikte Trennung, die die Europäische Kommission dabei zwischen eingetragenen Partnerschaften und Ehen vorgenommen hat. Insbesondere was die Wahl des anzuwendenden Rechtes angeht werden eingetragene Partnerschaften im Vergleich zur Ehe schwer benachteiligt“, führt Evelyne Gebhardt weiter aus.

„Im Europäischen Parlament streite ich deswegen gemeinsam mit meinem Kollegen Michael Cashman von der britischen Labourpartei für eine rechtliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und der Ehe.“ so Gebhardt weiter.

„Es darf nämlich nicht sein, dass wir in Europa Regeln verabschieden, deren Werte auf einer rückständigen Weltanschauung beruhen. Es darf auch nicht sein, dass wir, wegen homophober Ängste in Teilen der Gesellschaft noch immer gesetzliche Unterschiede machen und unsere Freiheit unsinnig beschränken. Es darf deshalb nicht sein, dass eingetragene Partnerschaften zur Ehe zweiter Klasse degradiert werden“ erklärt Evelyne Gebhardt entschieden.

Inzwischen wurde Martin Schulz, als Präsident des Europäischen Parlaments, damit beauftragt eine Stellungnahme der Europäischen Agentur für Menschenrechte einzuholen und überprüfen zu lassen, inwieweit der Vorschlag der Kommission einen diskriminierenden Verstoß gegen die Menschenrechte beinhaltet. Eine solche Einschätzung könnte die Europäische Kommission dazu bewegen, den Vorschlag wieder zurückzuziehen.

„Andernfalls wird die S&D Fraktion und werde auch ich weiterhin gegen das konservative Lager und für eine echte Gleichstellung

bei der Verordnung zum Güterrecht kämpfen“ erläutert Evelyne Gebhardt abschließend.

### **Gigaliner – Widerstand im Europäischen Parlament wehrt EU-Kommissionsvorstoß ab**

Während einer hitzigen Debatte im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments musste EU-Verkehrskommissar Siim Kallas in Sachen Gigaliner dem Widerstand der Abgeordneten nachgeben: Eigentlich wollte Kallas den Mitgliedstaaten erlauben, in Zukunft bilaterale Abkommen über grenzüberschreitende Fahrten von Gigalinern abschließen zu können. Die massiven Proteste der Verkehrspolitiker zwangen den EU-Kommissar aber, von seiner ursprünglich angekündigten Neuinterpretation der entsprechenden EU-Richtlinie 96/53/EG abzusehen.

Der SPD-Abgeordnete und Verkehrsexperte Ismail Ertug zeigte sich über die klare Haltung des Parlaments erfreut: "Das Parlament hat geschlossen grundlegende Prinzipien des EU-Rechts verteidigt und verhindert, dass die EU-Kommission durch die Hintertür die Gewaltenteilung mit einer fragwürdigen Rechtsinterpretation aufhebt. Eine Überarbeitung der EU-Richtlinie kann nur der Gesetzgeber beschließen – und das sind das Europäische Parlament und der Ministerrat, nicht aber die EU-Kommission."

Die bestehende EU-Richtlinie erlaubt den Einsatz mit den bis zu 25 Meter langen und 60 Tonnen schweren Trucks nur im innerstaatlichen Verkehr. Grenzüber-

schreitende Fahrten sind demnach verboten. Das hatte Kallas dem SPD-Abgeordneten so auch vor einem Jahr auf seine Anfrage hin bestätigt. Mit einer Neuinterpretation der Richtlinie erwog der EU-Kommissar, dem Druck der LKW-Lobby nachzugeben und den grenzüberschreitenden Verkehr von Gigalinern nun doch zu ermöglichen.

Ismail Ertug warnte den EU-Kommissar während der Ausschussdebatte davor, nicht nur einen Rechtsbruch zu begehen, sondern auch mit dem erklärten EU-Ziel zu brechen, die Attraktivität des Schienenverkehrs gegenüber anderen Verkehrsträgern erheblich zu steigern. "Die EU-Kommission würde ein vollkommen falsches Signal senden, wenn sie den grenzüberschreitenden Einsatz von Gigalinern erlaubt. Die zusätzlich notwendigen Investitionen für die Anpassung der Straßeninfrastruktur ständen im direkten Widerspruch zum erst kürzlich verabschiedeten Weißbuch Verkehr. Darin bekennt sich die EU ganz klar dazu, primär umweltschonende Verkehrsträger wie Schiene und Seewege fördern zu wollen. Die EU-Kommission sollte sich daran noch erinnern können, bevor sie die Umwelt und den Steuerzahler weiter belastet."

"Ein vernünftiger Vorschlag kann sich nur auf Grundlage von verlässlichen Daten stützen. Daher ist die Kommission gut beraten, das derzeit noch laufende Konsultationsverfahren über eine mögliche Überarbeitung der bestehenden Richtlinie abzuwarten, bevor sie das nächste mal wieder mit einem fraglichen Schnellschuss um die Ecke kommt", erklärte Ismail Ertug abschließend.



*Neues aus Europa***Schwäbische Spätzle und Knöpfe durch EU-Gütezeichen geschützt**

Die Europäische Kommission hat für die regionalen Spezialitäten aus Baden-Württemberg das Siegel „geschützte geographische Angabe (g.g.A.)“ vergeben. Bei einer g.g.A. muss mindestens eine der Produktionsstufen – also Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung – im Herkunftsgebiet durchlaufen werden.

Um regional bedeutsame Produkte vor Nachahmung zu schützen, werden Agrarerzeugnisse und Lebensmittel mit geschützten Ursprungsbezeichnungen (g.U.), geschützten geographischen Angaben (g.g.A.) sowie garantiert traditionelle Spezialitäten (g.t.S.) auf EU-Ebene seit 1992 registriert. Die europäischen Qualitätsregister enthalten mehr als 1000 hochwertige Agrarerzeugnisse und Lebensmittel aus allen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern.

Mehr Informationen zur EU-Qualitätspolitik für Lebensmittel erhalten Sie unter: [http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index_de.htm)

**Europäische Bürgerinitiative**

Seit dem 1. April können sich die EU-Bürger und Bürgerinnen direkt an der Gestaltung der europäischen Politik beteiligen. Der Lissabonvertrag sieht vor, dass eine Million Bürger und Bürgerinnen die Europäische Kommission auffordern können, zu einem bestimmten Thema

einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten. Die europäischen Bürger und Bürgerinnen werden damit in Zukunft mitentscheiden können, in welchen Bereichen sie sich mehr Europa wünschen.

Eine Bürgerinitiative ist in allen Bereichen möglich, in denen die EU-Kommission befugt ist, einen Rechtsakt vorzuschlagen. Um eine Bürgerinitiative zu starten, muss ein „Bürgerausschuss“ gebildet werden, der aus mindestens sieben EU-Bürgerinnen und -Bürgern besteht, die in mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sind.

## Terminhinweise

18. April 2012, 15.00 Uhr  
**Was? Offizielle Besuchergruppe**  
Wo? Straßburg

20. April 2012, 13.00 Uhr  
**Was? Besuchergruppe des technischen Gymnasiums Schwäbisch Hall**  
Wo? Straßburg

27. April 2012, 14.00 Uhr  
**Was? Firmenbesuch bei Industrie-Electronic GmbH & Co. KG mit SPD Main Tauber Kreis**  
Wo? Wertheim, Main Tauber Kreis

27. April 2012, 16.00 Uhr  
**Was? Besuch des Mehrgenerationenhauses.**  
Wo? Lauda-Königshofen

27. April 2012, 18.30 Uhr  
**Was? Dialogabend mit SPD Main-Tauber, Thema Perspektiven der EU**  
Wo? Restaurant Klotzbücher, Boxbergerstr. 6, Bad Mergentheim

8. bis 10. Mai 2012, 15.00 Uhr  
**Was? Offizielle Besuchergruppe**  
Wo? Brüssel

11. Mai 2012, 12.15 Uhr  
**Was? Preisverleihung zum Europäischen Schülerwettbewerb**  
Wo? Landratsamt Künzelsau

13. Mai 2012, 9.00 Uhr  
**Was? Vortrag bei ASF Konferenz zu 40 Jahren Frauenbewegung in Deutschland, gemeinsam mit Zita Gurmai**  
Wo? Evangelische Akademie Bad Boll,

14. Mai 2012, 11.00 Uhr  
**Was? Vortrag und Diskussion mit Schülern zum Europäischen Schulprojekttag**  
Wo? Künzelsau, Schlossgymnasium

19. Mai 2012, 14.00 Uhr  
**Was? Podiumsdiskussion zu Biopatenten beim Katholikentag**  
Wo? Mannheim

## Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Moritz Kempffel

Europabüro  
Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22  
Fax: 0 79 40 – 5 91 44  
[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europäisches Parlament  
60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66  
[Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu)

Die nächste Ausgabe erscheint am 17. Mai 2012